

Gefördert durch
nachmittags 4 Uhr mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementspreis
monat. 50 Pf., vierteljährl.
1.50 Mk. pränumerando bei
freier Zustellung. Durch die
Post bezogen 1.65 Mk.
Postzeitungsstelle 6265a,
Rachstr. VII.

Volkshblatt

Insertionsgebühren
beträgt für die 5 gespaltene
Zeile oder deren Raum
15 Pf., für Wohnungs-,
Bereins- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.

Insertate für die künftige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 1/2 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S. und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bülbergasse.
Telegraph-Adresse: Volksblatt Halle a. S.

Worte: für Wahrheit und Recht.

Nr. 195.

Halle a. S., Sonnabend den 22. August 1891.

2. Jahrg.

Politische Ueberblick.

Die kapitalistische Anarchie auf dem Gebiete der Produktion, wie der Verteilung der Produkte wird drastisch illustriert durch folgende Notiz, die wir in der „New-Yorker Volkszeitung“ finden:

Fünfundzwanzig tausend Sack Kartoffeln sind in San Francisco aufgeschichtet, für die der dortige Markt keine Verwendung hat und die nicht abgesetzt werden können, weil die Eisenbahnfrachten so hoch sind, daß sich eine Verwendung nicht lohnt. Der Preis der Kartoffel ist deshalb in der genannten Stadt ein so niedriger, daß die Farmer für ihre Ware überhaupt nichts erhalten werden. Trotzdem sind die 25 000 Sack nicht absetzbar und man spricht davon, daß man dieselben mit ihrem Inhalt in die See werfen will. Welche Zustände in unserer „besten Gesellschaft!“ In verschiedenen Gegenden haben die Farmer kaum Saat-Kartoffeln und in den Großstädten des Ostens müssen die Produzenten ihre Nahrungsmittel auf dem teuersten und anderwärts werden dieselben gewaltsam vernichtet, weil es „sich nicht lohnt“, sie in die Gegenden zu verschieben, wo sie ein Bedürfnis sind. Die Zustände, die der Kapitalismus erzeugt, sind geradezu verurteilt!

Den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern erklären die „Westpreuss. Landw. Mitt.“ folgendermaßen:

Von 62 Berichten, welche eingefordert worden sind, ergeben sich 57 Berichtstatter in mehr oder minder heftigen Klagen darüber, daß man nicht die nötige Anzahl von Arbeitern erhalten könne und deshalb sowohl Wohnungen für Arbeiterfamilien her stellen, wie auch die mangelnden Kräfte auf die verschiedenste Art auszuheilen verzeihen werden müßten. . . Besonders knapp machen sich die männlichen und weiblichen unverheirateten Arbeiter, während verheiratete Arbeiterfamilien sich noch immer so weit zum Dienste melden, daß die Wirtschaft ihren regelten Gang nehmen kann. Das Infinitiv der Scharwerker ist in den weiter fortgeschrittenen und mehr kultivierten Gegenden, wie z. B. in der gegneten Danziger und Marienburger Niederung schon ganz fallen gelassen. Auch von der Höhe wird berichtet, daß Scharwerker nur mit Mühe beschafft werden könnten und meist nur eben aus der Schule entlassene schwächliche Kinder gestellt würden. Sehr heftig macht sich der Arbeitermangel in den Kreisen geltend, aus denen die früher eingewanderten russischen und polnischen Arbeiter ausgewiesen worden sind, und es wird aus diesen Grenzdistrikten von vielen her stehenden Wohnungen berichtet. — In einer Tabelle, welche 20 landwirtschaftliche Kreise umfaßt, wird die Zahl der fehlenden Handarbeitkräfte pro je 100 Hektar berechnet und im Durchschnitt auf 3—6 angegeben. Für den Elbinger Kreis wird angegeben, daß 30, für den Schwesiger 50 Prozent der zum ordnungsmäßigen Betriebe der Landwirtschaft erforderlichen Handarbeitkräfte fehlen. Fast allgemein wird die bedeutende

verringerte Qualität sämtlicher Arbeiter hervorgehoben und angegeben, der beste Teil der Arbeiter sei in den sechziger Jahren nach Amerika, in neuerer Zeit nach Westfalen ausgewandert. Als besonderer Uebelstand mache sich bei verheirateten Arbeitern deren geringe Schäftigkeit fühlbar. Wenn sich die Herren Landwirte anlegen sein lassen, auszuführen, was ihnen z. B. der Braunschweiger landwirtschaftliche Zentralverein anräth: die Arbeiter anständig zu behandeln, gut zu lohnen u. d. m., dann wird der Mangel an Arbeitern sich weniger fühlbar machen.

Das preussische Vereinsgesetz wird mit aller Schärfe angewendet — gegen oppositionelle Parteien. Die „Staatsbehörden“ oder „Ordnungs“-Parteien dagegen ruhen sich unter Schutz dieses selben Gesetzes; sie kümmern sich nicht im geringsten um die Beschränkungen, die der Vereinsfähigkeit auferlegt sind — die sind ja nur für die Opponenten. Wie anderwärts wurden auch in Minden vor einigen Wochen bei den Vorstandsmitgliedern der drei dort bestehenden Besserenvereine im Beisein des Staatsanwalts Heinemann aus Göttingen Hausdurchsuchungen vorgenommen, die dazu führten, daß verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt wurden. In voriger Woche sind nun — wie wir bereits gemeldet — die drei Vereine, „Klub zur fröhlichen Wiederkehr“, „Klub Mündernsio“ und Verein „Jung-Hannover“, von Seiten der Polizei geschlossen worden. Wird nicht endlich die Staatsanwaltschaft einmal die Thätigkeit der national-liberalen, der Bauernvereine und ähnlicher „Staatsbehörden“-Bereinigungen daraufhin unteruchen, ob sie nicht in verbotener Weise in Verbindung treten? Ein solches Unternehmen würde eine ergiebige Ernte versprechen.

Zur Frage der Hundsteuer. Mit Bezug auf die auch von uns gebrachte Mitteilung über die Hundsteuer wird der Berliner „Volkszeitung“ geschrieben: Allerdings hat das Oberverwaltungsgericht in befähigter Rechtsprechung angenommen, daß die Hundsteuer den direkten Steuern beizuzählen sei, allein die bezeichneten Beamten-Kategorien (Offiziere, Geistliche und Lehrer) sind von den direkten Kommunalanlagen nur insoweit befreit, als das Gesetz keine Ausnahmen statuiert. Wie aber aus der Entschuldigungsliste der Kabinettsordre vom 29. April 1829 hervorgeht, herrschte als die Einführung der Hundsteuer zu gänzlich der Gemeinden in Frage kam, darüber kein Bedenken, daß der mit derselben verknüpfte Hauptzweck — Verminderung der aus einer übergroßen Zahl von Hundten entstehenden Gefahr der Hundstau — so lange nicht zu erreichen sei, als ganze Klassen von Hundbesitzern wegen ihrer Steuerempfindlichkeit von der Hundsteuer nicht veranlagt werden könnten. So erging, was insbesondere die ferisberechtigten Militärpersonen angeht, unter dem 23. Jan. 1829 eine Kabinettsordre, die die Beitragspflicht des Militärs zu dieser Steuer überall, wo sie gesetzlich eingeführt wird, ausdrücklich, jedoch mit der Bedingung stellt, daß die Bei-

träge der Militärs zur Hundsteuer für militärische Zwecke verwendet werden. Die gestrige Mitteilung, die demnach nicht richtig ist, hat wohl in folgendem ihren Ursprung. Der Stadtrat zu Kassel zog für 1889/90 eine Reihe von dortigen Offizieren zur Hundsteuer heran, der Bezirksauschuß erlaubte aber auf erhobene Klage auf Freistellung von der Steuer. Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts bestätigte allerdings unter dem 25. Juni 1890 diese Entscheidung, aber nur deswegen, weil die Kabinettsordre vom 23. Januar 1829 im Gebiete des vormaligen Kurfürstentums Hessen nicht eingeführt sind, eine Verpflichtung der ferisberechtigten Militärpersonen zur Entrichtung der Hundsteuer sich auch nicht aus der besondern heftigen Gesetzgebung herleiten läßt.

Staatliche Ausbeutung. Welche Begriffe man in amtlichen Kreisen darüber hat, was für die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie nötig ist, kann daraus ersehen werden, daß die l. Armeeverwaltung in Ludwigslager für ein Paar Drillschoten, die sie nach auswärts verleiht, 28—30 Pf. bezahlt. Ein fleißiger Schneider soll dabei einen Tagesverdienst von höchstens 90 Pfennigen erzielen, eine Summe, die selbst die konservativste „Reichspost“ einen Hungerlohn nennt. Das Blatt glaubt, es handle sich um einen Irrtum oder um einen einzelnen Fall, was wir jedoch bezweifeln. Es herrscht thätlich in jenen Kreisen die Ansicht, daß für das Volk, die Arbeiter, alles gut genug sei, während für sie, die unentbehrlichen Stützen des Staates, die Gehälter nicht hoch genug bemessen werden können. Will das Volk nicht dulden, leiden und schweigen, wofür hätten wir denn ein herrliches Kriegsheer gegen den inneren Feind. Den Arbeitern des Schneidergewerbes aber möchten wir zurufen: Organisiert Euch, dann können Euch in Zukunft solche Hungerlöhne nicht mehr geboten werden! (Schwab. Tagw.)

Das Gut Balow in Mecklenburg wurde von dem jetzigen Besitzer vor zehn Jahren für 282 000 Taler gekauft; jetzt sind ihm 400 000 Taler geboten, und er hat das Angebot ausgeschlagen. So selbst die „Kreuzzeitung“. Von der Not der Landwirtschaft zeugt dies nicht. Der Besitzer des Gutes, Wittekind, a. D. von Ploetz ist übrigens einer der Vorkämpfer der Agrarier in Mecklenburg.

Zwei heilige Mäde! Aus Trier wird gemeldet: „Die Begleitung der Argenteuler Messe mit dem höchsten Rode ergab das Vorhandensein zweier verschiedener Gewänder Christi. Der abgehaltene Pater von Argenteuil erklärte, die Echtheit des Trierer Stodes nicht zu bezweifeln.“ — Die Entscheidung ist wahrhaft salomonisch, denn nun können Trier und Argenteuil gute Geschäfte machen und jeder Streit über die Echtheit ist ausgeschlossen.

In Spanien hat die Kommission der Cortes zur Ausarbeitung eines Arbeiter-Unfallversicherungsgesetzes

Er löst.

Novelle von Frieda Schanz.
(Schluß.)

Einen schrecklichen Augenblick lang hielt Dora diesen Blick mit sichtbarer Dual aus; dann richtete sie sich plötzlich sehr gefaßt empor, sah den erregten Menschen kühl und ruhig an und sagte, halb zu ihm, halb zu dem Knaben gewandt, mit fester Stimme:

„Ja, es ist wahr! Ich werde mich am Sonnabend mit Herrn Lambert verloben!“

Der Inspektor murmelte eine unverständliche Entschuldigung und führte vom Tisch, zur Thür hinaus. Am Nachmittag erschien er nicht auf seinem Posten. Die Thür seines Zimmers blieb verschlossen, ich ließ ihn, obgleich recht ärgerlich, seine Ruhe. Auch am nächsten Tage, dem Karfreitag, kam er nicht zum Vorschein. Der Mensch trieb es offenbar zu arg. Wir bedauerten ihn von ganzer Seele, aber seine Maßlosigkeit führte uns alle in die peinlichste Verlegenheit. Fräulein Dora litt viel mehr darunter, als sie zugeben mochte. Sie war, so sehr sie sich zur Ruhe zwang, von einer inneren Unruhe hart gepenigt; von ihrem Cuiquevis konnte sie gar nicht reden hören. Sobald wir nur neuen Namen erwähnten, schloß sie mit gebobenen Händen:

„Thun Sie mir die Darmberzigkeit an und erwähnen Sie mir den Menschen nicht!“

Am Sonnabend früh war der Inspektor wieder von fünf Uhr an bei der Arbeit. Er sah aus, als habe er vier Wochen auf dem Krankenbett gelegen; dabei aber erschien er nicht gebeugt, sondern gefaßt und entschlossen. Wir war es um Doras willen lieb, daß ich ihn so ruhig sah. In Tisch ließ er sich entschuldigen, er sei nicht wohl und vermöge nichts zu essen. Als er am Nachmittag um Vier zu einer kleinen Ruhepause über den Hof in seine Wohnung ging, fuhr gerade

der hohe Wagen des alten Obersten vor unserm Wohnhaus die Rampe hinan.

Fräulein Dora, im schwarzen Kleid, ein lichtgrünes Band im Haar, trat ihrem Freier in lüchsendem kleinem Salon ruhig und freundlich entgegen. Sie fing in unserer Gegenwart selbst von seinem Antrag zu sprechen an und bekannte, wie sehr sie derselbe ehre und rühre, wie dankbar sie dem Freunde immer sein werde; — alles, was sie sprach, kam merkwürdig gesammelt und gefeilt von ihren jungen Lippen. Der alte Herr legte schon mit väterlicher Härlichkeit seine den linken Arm um sie, es war, als wolle sie sich neigen, um seine Rechte zu küssen, — da auf einmal riß sie sich los, alle ihre Fassung, alle ihre Bewandtheit schien verloren, — nein, das war Dora nicht mehr; ein wildes Kind warf sich in wildem Weh dem alten Manne um den Hals und schrie unter Schluchzen:

„Nein, ich kann nicht! Ich kann nicht! Vergieb mir, liebster Freund! Ich fühle, daß ich es nicht kann! Ich liebe einen anderen, einen, den ich ewig hassen sollte! Ich wollte ihn vergessen, verachten, — ich kann es nicht!“

Hals ohnmächtig lag sie dem Freier um den Arm. Eine lange traurige Geschichte kam unter wirrem Schluchzen von ihren Lippen: Sie sei schon früher einmal verlobt gewesen.

Ein Beter habe sie schon in ihren Kinderjahren mit großer Leidenschaftlichkeit geliebt, mit sechzehn Jahren sei sie seine Braut geworden; der Besitz eines kleinen Vermögens gestattete dem jungen Offizier gerade die Zeit mit einem armen Mädchen. Inzwischen habe der Betreffende schon damals Spiel und stotte Gesellschaft nicht meiden können und leider auch später nicht, obgleich er ihr und ihrer Mutter mit heiligem Feuer Besserung gelobt.

Sie erlasse es sich, die jahrelangen Kämpfe zwischen ihrer Liebe und dem Bewußtsein seines Unwertes zu schildern; der Unselige sei endlich wegen Ehrenschulden kassiert worden; ihre

Mutter sei damals, halb aus Gram gestorben. Sie habe auf ewig mit dem Verlobten gebröckelt, ihn nie wiedersehen wollen; in Liebe und Demut sei er ihr nachgegeben, wie ihr Schatten — bis in dieses Haus. Sie habe ihn wirklich zu hassen geliebt; — dieser Augenblick habe ihr offenbart, daß sie ihn noch grenzenlos liebe. —

Eine lange Stille unendlichen Staumens trat ein. Der Oberst hielt die ätternde Kleine im Arme und streichelte ihr noch immer zärtlich das blonde Köpfchen. Vergelich ludte ich nach einem Wort. Gut, daß die Frauen immer die Bewandteren sind! Ja, mein Gutschen! Sie wurde einmal wieder die Ketterin! Red und kühl schritt sie nach der Thür und rief den Kindern, die den festlichen Kaffeetisch belagerten, zu:

„Früh oder Dora! Laßt doch schnell einmal ins Wirtschaftshaus! Der Vater, — nein, sagt lieber gleich Fräulein Dora — lasse den Herrn Inspektor bitten, er möge doch sofort einmal herbeikommen!“

Als er kam, fand er Dora im kleinen Salon allein. Was darin zwischen den Zweien weiter vorgegangen ist, kann ich natürlich nicht sagen. —

Aber am Donnerstag saßen sie schon als Brautpaar Hand in Hand mit verklärten Angesichtern. Der alte Freier sah neben ihnen, garnicht als trauriger, abgewiesener Freier, sondern das ganze gute Gesicht voll heimlicher Heimgelicht. Er hatte seinen Plan, die Kleine zu adoptieren und ihren Schatz als Verwalter auf sein Gut zu setzen, damals wohl schon fertig!

Wie die drei prächtigen Menschen glücklich hausten, könnt Ihr Euch vorstellen, wenn Ihr sie morgen zusammen seht. Doras Gatte trägt das Haupt wieder hoch; keiner sieht es dem heiteren, tüchtigen Menschen an, daß er einst die Tobeswaffe schon in der Hand hielt, als ein kleines Jungenstimmchen ihn zur Auferstehung rief!

gesetzte ihre Arbeiten beendet. Die Grundzüge des Gesetzentwurfes sind folgende: Für jeden beim Betriebe eines Arbeiters zugehörigen Unfall ist der betreffende Unternehmer verantwortlich. Ist der betreffende Gewerbebetrieb der Unfallversicherung unterstellt, so muß aus dieser die Entschädigung für den Unternehmer geleistet werden. Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit bekommt der Verletzte seinen vollen Lohn bis 8 Tage nach der Heilung. Ist die Erwerbsunfähigkeit von langer Dauer, so bekommt der Verletzte seinen vollen Arbeitslohn für 300-800 Arbeitstage; tritt dauernde Erwerbsunfähigkeit ein, so wird der vollen Arbeitslohn für 600 bis 1000 Arbeitstage ausbezahlt. Stirbt der Verletzte infolge des Unfalls, so erhalten die Hinterbliebenen den Arbeitslohn für 400-1000 Arbeitstage. Arzt- und Medizinstosten müssen dem Verletzten stets ersetzt werden.

Das die **Wirtschaftsbewegung** in England außerordentlich fortgeschritten macht, beweist ein Beschluß der Londoner Gemeindeförderung. Derselbe nahm mit 62 Stimmen gegen 30 einen Antrag an, nach welchem fortan 8 Stunden ein gesetzlicher Arbeitstag für die Londoner Munizipalarbeiter sein soll. Vor nur einem Jahre noch wurde in derselben Körperschaft der gleiche Antrag einfach niedergelagt. — Daß in einer solch tonangebenden Körperschaft, wie es die Londoner Gemeindeförderung tatsächlich ist, in einem Jahre ein derartiger Umwälzung schaffendes konnte, beweist die große Bedeutung, die man der Bewegung für den gesetzlichen Arbeitstagen in bürgerlichen Kreisen Englands schon beilegt.

In **München** hat die Eröffnung der Handelsvertragsverhandlungen mit Italien stattgefunden.

Am 16. August. Wie dem „Vorwärts“ geschrieben wird, ist von der hiesigen Staatsanwaltschaft die Einleitung des Strafverfahrens gegen 5 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei beim Landgericht zu Weg beantragt worden, weil dieselben am 1. bzw. 3. Mai rote Abzeichen (Schalendücker und Krautwägen), welche geeignet seien, den öffentlichen Frieden zu stören, getragen haben sollen. Der Strafantrag ist jetzt auf Grund eines Gesetzes vom 11. August 1848 (Art. 6, § 3), dieser Artikel bedroht mit Strafe das Tragen oder Ausstreuen roter Abzeichen, welche geeignet sind, den Geist des Aufstrebens zu erregen oder den öffentlichen Frieden zu stören.

In **Wien**, 19. August. Die Stadtverordneten brachten heute einen Antrag wegen Abwendung einer Petition an den Reichskanzler um sofortige Aufhebung der Getreidezölle ein.

Am 20. August. (Internationaler Arbeiter-Kongress). Die Sitzung begann um 10 Uhr 45 Minuten. Der Präsidenten werden Kaiser-Oesterreich und Turati-Italien gewählt. Legterer dankt in einer wohlfeolten Rede für die Ehre, die hiermit nicht ihm, dem Unbekannten, sondern den Proletariaten Italiens erwiesen werde, des Landes, wo die Arbeiter blühen, ohne jemals für die Arbeiter zu reisen, wo trotz des schönen Himmels tiefschwarze Trauer über der Arbeiterklasse lagere. In seiner Jugend habe man ihn den Haß gegen Oesterreich und die Liebe zu Frankreich gelehrt. Dann sei die Trippel-Allianz geschlossen worden, und nun heiße es, Oesterreich lieben und Frankreich abscheuen. Hierzu seien die Herzen der Arbeiter nicht gestimmt. Die Italiener wünschten mit ihren Brüdern in allen Ländern Freundschaft zu halten, trotz Trippel- und Landrupel-Allianz, die vorgeblich dem Frieden diene, aber in Wirklichkeit nur kriegerische Absichten verdeckten. (Langanhaltender Beifall). Der Berichterstatter der zweiten Sektion, Kautsky, beantragt Resolutionen des Inhalts: 1. Der Kongress erklärt: die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten legt den Arbeitern die Pflicht auf, sich zu vereinigen und ihre Befreiung vorzubereiten. Die Gruppierung der Arbeiter soll die nationalen Schranken beseitigen und dem internationalen Kapitalismus die Internationale der Arbeiter entgegenstellen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, in allen Ländern und für alle Gewerbe reine Arbeiterverbände zu gründen, welche sich in gleicher Weise zu nationalen und internationalen Korporationen vereinigen müssen. 2. Die gewerblichen Verbände eines jeden Landes müssen insofern zu einander als auch zu den ausländischen Verbänden Beziehungen auf folgender Grundlage unterhalten: Ein jedes Syndikat errichtet ein Sekretariat zur Sammlung statistischer Berichte und zur internationalen Korrespondenz mit den auswärtigen Sekretariaten. 3. Die Koalitionsfreiheit ist überall für alle Arbeiterorganisationen zu fordern. Ausstände und Boykottierungen sind mit größter Vorsicht zu unternehmen, falls sie nicht durch Angriffe seitens der Arbeitgeber provoziert werden. Die verwandten Verbände anderer Länder müssen die Ausständigen eines jeden Landes energig unterstützen und durch eine starke Organisation die Möglichkeit eines allgemeinen Ausstandes schaffen. 4. Die Arbeiter müssen von den Regierungen die Einbringung eines Gesetzes fordern, das alle Lohnauszahlungen durch Vermittelung der Syndikate geschehen. Den hybriden Föderationen muß das Recht der juristischen Person zuerkannt werden, ebenso das Recht auf Anstellung der Arbeiter der verschiedenen Gewerbe durch Vermittelung der entsprechenden Syndikate. Die Gesetze gegen die Internationale müssen abgeändert werden. — Diese Resolutionen finden allgemeinen Beifall bis auf die Stimmen der englischen und der deutschen Delegierten. Vor meint, man könnte den Zweck durch die Wahl von Delegierten eines jeden Gewerkes, welche sich zu einem internationalen Sekretariat konstituieren, erreichen, durch welches, wenn auch keine internationale Organisation, so doch eine internationale Verbindung ermöglicht wäre. Aveling erklärt im Namen der Gas-, Zerg- und Metallarbeiter: Englands (6000 Arbeiter) sich aus Opportunistenstrüchlingen gegen das von Bod vorgeschlagene Zentralsekretariat. Die Delegierten Weiser, Segis, Bod und Potorny, Mitglieder der zweiten Sektion, bringen verschiedene Resolutionen des Inhalts ein: Da eine internationale Union in der Organisation der Arbeiter unter den obwaltenden Umständen in verschiedenen Ländern unmöglich ist, würde sich der Kongress mit einer in jedem Lande zu bildenden Organisation begnügen, durch welche die Solidarität zum Ausdruck gebracht würde. Delescluze-Paris bringt im Einverständnis mit den deutschen Delegierten ein Amendement ein, dahin-

gehend, daß überall, wo es möglich, ein Arbeiter-Nationalsekretariat eröffnet werden soll, damit im Falle eines Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten im Stande seien, sich mit einander zu verständigen. Schluß der Sitzung um 1 Uhr.

Brüssel, 20. August. Beginn der Nachmittags-Sitzung um 3 Uhr 45 Min. Sekretär Volbers-Brüssel bringt eine Anzahl neu eingelaufener Zustimmungsergramme, zumeist aus Deutschland und Oesterreich zur Verlesung, ebenso ein Schreiben, in welchem die Zustimmung der in Australien lebenden emigrierten russischen Arbeiter ausgesprochen und gleichzeitig die internationale Organisation empfohlen wird.

Delporte-Brüssel verlangt im Namen der Minorität der 2. Sektion unter sich fortpersonierende nationale Sekretariate mit großen Befugnissen und erklärt sich gegen die Errichtung eines internationalen Büreaus. Der polnische Abgeordnete erklärt, da die Affoziationsfreiheit in Rußland nicht bestehe, so seien auch nationale Büreaus in Polen unmöglich. Ihr Wunsch sei, ihre traurige Lage zu verbessern.

Barnel - England begrüßt im Namen verschiedener englischer Organisationen, 315000 Mann stark, die Vertretung der Arbeiterklasse, die aus sich selbst heraus eine internationale Vereinigung geschaffen, welche die kapitalistische Herrschaft Bourgeoisie brechen soll. Der Kongress habe die Vorschläge nicht genügend beachtet, welche ihm von der Majorität der Kommission gemacht worden sind; dieselben bedeuteten nicht die Schaffung eines internationalen Büreaus, das etwa alle Nationalitäten beherrschen soll, sondern man verlangt einfach eine Zentralstelle.

Polorny-Oesterreich befürwortet wie Barnel die Annahme des von Delescluze-Paris in der vormittägigen Sitzung vorgeschlagenen Amendements (Errichtung von nationalen Arbeiters-Sekretariaten wo immer möglich). Der Präsident schlägt Schluß der Debatte vor und unmittelbares Votum, wozu sich französische Delegierte erklären. Volbers-Brüssel ist gegen die Abstimmung über den Antrag Delescluze, da derselbe nicht gedrückt ist, denn jede Nationalität solle den Text in ihrer Sprache erhalten. (Beifall). Man wird morgen darüber abstimmen. Schluß der Sitzung um 6 Uhr.

Eine Petersburger Depesche der „Times“ sagt, daß der russische Finanzminister einen Kredit von 15 Millionen Rubel zum Zweck von Straßenbauten und anderen sozialen Arbeiten zu bewilligen beabsichtigt, um den bedürftigen Armen Beschäftigung zu geben. Es heißt ferner, daß dieser Kredit durch Mitwirkung der Kriegs- und Marine-Minister auf ungefähr 30 Millionen Rubel ausgedehnt werden soll.

Internationaler Arbeiterkongress zu Brüssel.

Brüssel, 17. August 1891.

Dritte Sitzung. Montag vormittag 10 Uhr. Die ersten beiden Sitzungen waren im Saale der „Maison du Peuple“ abgehalten worden, der für die Verhandlungen sich als viel zu klein erwies. Die heutige Sitzung findet im schönen, geräumigen und hellen Saal von St. Michel, Rue d'Or statt, der mit roten Säulen, Säulen und Kronen reich ausgestattet ist. Nach einer Sitzung des Büreaus wird folgende Geschäftsordnung beabsichtigt. Jeden Tag finden zwei Sitzungen statt, vormittags von 10-12^{1/2} Uhr, nachmittags von 2-5 Uhr. Berichterstatter haben 15 Minuten Redezeit, in der Diskussion 10 Minuten; mehr als einmal darf zum gleichen Zweck niemand sprechen, das zweite Mal für Referent wie für Diskussion ist die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt. Spezialfragen werden nach Nationalitäten entschieden, alle Anträge und Beschlüsse sind schriftlich dem Büreau einzureichen. Gesunde sündigt das Erscheinen von 5 neuen französischen, funter Welt von 5 englischen Delegierten, das Italien sündigt Branting von Schweden und Turati von Oesterreich.

Aus Anlaß einer Erklärung von dem Sen. (Italien), daß er mit noch 9 anderen italienischen Delegierten anarchistische Gruppen vertritt, entnimmt sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte über deren Zulassung, die dahin entschieden wird, daß zuerst die italienische Vertretung inogedant sich schriftlich machen soll über die Gültigkeit der Kanakate. Nach längerer Debatte über die Art der Behandlung der Tagesordnung, Wahl des Komitees zur Vorbereitung der einzelnen Punkte, wurde die Sitzung gegen 1 Uhr auf 3 Uhr nachmittags vertagt. In der Zwischendeit vollzogen die deutschen Delegierten die Wahlen der Kommission für die ersten drei Punkte der Tagesordnung. Die deutsche Kommission für die ersten drei Punkte besteht aus: Weiser, Weiser, Mallesbur, Wurm; jene für die Frage des Schuges des Vereins- und Verammlungsbereichs aus: Bod, Weiser und Segis, und die für die Stellung zum Minimalismus aus: Niebner, Singer und Stadthagen.

Aus der französischen Delegation führen wir von den bekannteren Namen an Jules Buerde und Ferrout, die befanntlich am schlesischen Kongress teilnahmen; weiterhin werden erwähnt: Baudin und Ferrout (letzterer in blauer Bluse), ferner Bailant, Balon, Agriabades, Dr. Regnard, Deville, Lamescoque, u. s. w.

Die Engländer sind abgesehen vertreten; John Burns und das Parlamentarier Cunningham Graham werden morgen eintreffen. Vierte Sitzung: Montag nachmittag 4 Uhr.

Dieses konnte infolge der nötigen Vorbereitungen der Kommission erst gegen 4 Uhr eröffnet werden. Da die mit der Frage des Arbeiterschuges beauftragte Kommission noch nicht fertig war, referierte Delporte (Frankos) für die Kommission in Sachen des Koalitionsrechtes und beantragte wegen der Gemeinlichkeit der Geschäftsprotokolle, Punkt 2 und 10 (siehe den Bericht in der Donnerstagsnummer) auch gleichzeitig zu behandeln, was der Kongress nach langer Debatte annahm.

Eine große Zahl von Depeschen wird verlesen aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien, Ungarn, Oesterreich, Schweden, Serbien, Schwiz.

Man im Streit um den Achtundtags befandlichen Londoner Schreiner ein Delegierter erklärt vorher, der, obwohl nicht formeller Delegierter, doch in der Frage des Achtundtags die Beteiligung an der Debatte erbitet.

Die belgische Arbeiterpartei hat auf Sonntag, den 23. August, einen Ausflug nach Gent den fremden Delegierten angeboten und wird zu diesem Zweck der Zeitungen einen Extrazug gratis zur Verfügung stellen. Schluß 5 Uhr abends.

Brüssel, 18. August 1891.

Fünfte Sitzung. Am Montag abend hatten die Berliner Genossen die Delegierten zu einem Besuch in die Maison du Peuple geladen. Trotz der Ueberfüllung des Saales gestaltete sich die Zusammenkunft zu einer imposanten Demonstration für die Wölferverdringung. Nachdem Volbers die Anwesenden begrüßt, sprach Bailant einhelliglich für die internationale Solidarität, Turati aus Mailand feierte die Wölferverdringung, Segis, der seit der Zeit der alten Internationale unermüdet für die Organisation des spanischen Proletariats eingetreten ist und heute mit Stolz auf den Erfolg seiner kassollen Tätigkeit zurückblicken kann, schloß mit fähiger Lebendigkeit die Schwierigkeit ihrer Aufgabe, das schauerhafte Bild unter dem spanischen Proletariat und schloß mit einem feurigen Appell für die Solidarität der Arbeiter aller Länder. Der Berichterstatter der spanischen Kammer und vorizes Jago (in Halle) überlegte die Siebe und erinnete an die Genossen Solague und Guine, die durch ein infames

Klassenverhältnis bedrückt seien, in unsere Mitte zu weihen. Von den deutschen Wölfern sprach der Herr Bolber im Namen des Frauen-, Jug (Jant) und Wölff (Wölff), die Frau als Wölfflerin fähiger Sozialisten in schmerzlicher Weise feierte. Genosse Cahu, Vertreter der sozialistischen irakelischen Gruppe Americas, Peterfen (Dänemark), Genoss (von der sozialdemokratischen Föderation Englands) und andere Redner sprachen im gleichen Sinne; darauf wurde die Wölfflerklasse gelungen und dann fähig die heutige Wölfflerklasse gefordert, welchem Brelangen seitens der belgischen Genossen gemeinsam mit den Dänen unter zusehendem Beifall einprohuden wurde. Nach verlesenen Deklamationen und Ueberbortungen belgischer Genossinnen schloß das Fest gegen Witternacht unter den Klängen der Carmagnole.

Sechste Sitzung: Dienstag vormittag 9 Uhr. Den Vorhitz übernimmt Santal (New-York), der im Namen der amerikanischen organisierten Arbeiter für die ehrenvolle Berufung ins Komitee dankt. London, französischer Delegierter, teilt mit, daß in Rouen, wo befanntlich die Wölfflerklasse häufig, abermals ein Streik ausgebrochen ist und da die republikanische Regierung sofort Partei gegen die Streikenden ergreifen, bitte er für sich und seine Kameraderlegen um Urlaub behufs Abreise nach Bourmes.

Was Frankreich hier abermals 21 Mandate eingegangen, so daß die Gesamtzahl der vertretenen Organisationen auf 718 gestiegen ist, wobei ein ausländischer und zwei in Frankreich selbst, nach der Willen ein zweiter spanischer Delegierter eingetroffen, der indes als Wölffler und Vertreter anarchistischer Gruppen beanhandet wird. Soberls beantragt Abweisung, die Frage sei entschieden, jeden Zug ercheime ein neuer Angriff auf der Billigkeit und fähre die Verhandlungen; die Zeit sei zu kostbar. Nach längerer Debatte wird die Zulassung abgelehnt, mit allen gegen 10 Stimmen. Auf Antrag des Herrn Segis, welches der Kongress, weil Delegierter anarchistisch seien, die Arbeitseingebung wie den Kampf um den Achtundtags, die Wölfflerdemonstration zu verhindern gesucht haben und ihn prinzipiell verwerfen.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Arbeiterschuges-Frage, referiert im Auftrage der betreffenden Kommission Sanderevelen (Belgien) und bringt folgende Resolution ein: Der Kongress erklärt:

Die Welt des internationalen Kongress zu Paris im Jahre 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Arbeiterschuges-Gesetze und Verordnung enthalten in seiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft.

Insofern haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschuges-Konferenz zu Berlin, deren Einberufung zugunsten der Arbeiter unter dem Eindruck der Pariser Kongresse handlang und insofern als eine Kongression an die Arbeiterschaft zu betraden ist, bewiesen, daß die Regierungen sich nicht wehren dürfen, wenn die Willen belgischen, ihren Pflichten gegen die Arbeiterschaft gerecht zu werden.

Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschuges-Konferenz zu Berlin verschiedenen der beteiligten Staaten den Wortwand geleistet, unter Hinweis auf jene Beschlässe und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschuges-Verordnungen in anderen fortwirkenden Ländern von jeder weiteren Schug-Befehlsgesetzgebung abgesehen, was die Willen, welches der Kongress, weil unannehmer Absichten entsprang, auf das Entschiedenste verurteilt wird.

Desgleichen konstatiert der Kongress, daß die bestehenden, an und für sich mangelhafte Arbeiterschuges-Verordnungen ungenügend gehandhabt und kontrolliert werden.

Der Kongress fordert daher die Arbeiterschaft aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterschaft der einzelnen Länder zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Beschlässe der Pariser Kongresse einzutreten, auch wenn diese Agitation zunächst keinen anderen Erfolg hat als der Arbeiterschaft der einzelnen Länder zu beweisen, daß die herrschenden und ausbeutenden Klassen jeder weiteren Arbeiterschuges-Verordnungen feindselig gegenüberstehen.

Des Weiteren fordert der Kongress: In anbeacht der Rod Absicht einer einheitlichen Stellung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschuges-Verordnungen.

1. In jedem Lande eine permanente Enquete über die Arbeitsbedingungen mit Rücksicht auf die Schuggesetzgebung zu organisieren.

2. Sich gegenseitig die Mitteilungen zu machen, welche notwendig sind, um die Arbeiterschuges-Verordnungen einheitlich zu gestalten.

Endlich ermahnt der Kongress die Arbeiter der ganzen Erde, ihre Streit zu einem gegenseitigen Widerstand der kapitalistischen Gewerkschaften, und überall da, wo sie im Besitze der politischen Rechte sind, ihre Stimme allen denen zu verlegen, welche sich nicht verpflichten, diese ihre Forderungen zu unterstützen.

Siebte Sitzung. Dienstag, nachmittags 4 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtert ein Delegierter der Londoner Schreiner, Burien, das Wort: Seit 8 Wochen befindet sich die Londoner Bauarbeiter im Kampfe um den Achtundtags; nicht nur die Organisation der Arbeiter, sondern auch die politischen Sympathien des Kongresses und die materielle Hilfe der Delegierten, soweit sie dazu im Stande sind. Auf alle Fälle eröffere er die Sympathie dahin, daß der Jugug nach London fernhalten sei; bereits seien 25 Köhler als Streikbrecher in London tätig, denen sie die Willen in die Hände zu werfen. Der Berichterstatter des spanischen Kongresses schloß vor, daß das Bureau ein Wölffler und Sympathie-Kräfte beauftragt werde, was unüberhört genehmigt wird.

Auerbach nimmt das Wort zur Erklärung, daß die Berliner launfälligen Angelegenheiten, welche ihn mit der Vertretung beauftragt, im Sinne moderner Arbeiterbewegung und der internationalen Solidarität stehen.

Ein italienischer Delegierter erklärte, Merlino, der unter dem Namen Ziel sich einführt, sei gewungen gewesen, infolge Zwickstreuung eines Journalisten Brüssel zu verlassen (er ist nämlich aus Belgien ausgewiesen); er komme daher nicht, wie er beabsichtigt, das Wort ergreifen; überhaupt verlassen infolge der Widmung des spanischen Anarchisten seine Gefinnungsgenossen den Saal, was mit Beifall begrüßt wird.

Zur Tagesordnung ergreift Walter (Londoner Wölffler-Schreiner) das Wort; gleich Anstufung über die Lage seines Gewerkes, Stand des Arbeiterschuges in England, spricht über das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialisten; er ist Sozialist, aber auch Gewerkschaftler, welche beide die gleichen Ziele, Verbesserung der sozialen Lage erheben; wollen die Gewerkschaften ihre Zwecke erfüllen, müssen sie sozialistischen Charakter annehmen. Man lasse nur die Schwierigkeit infolge Konkurrenz unter den Arbeitern selber ins Auge. Er verweist auf den Anport der belgischen Eisenarbeiter, die den Lohn so sehr niedrigerden und - sagt Niebner - als Arbeiter, die sich zu einem gewissen Grade trifft dies auch auf die belgischen Arbeiter zu, die infolge Unkenntnis der Sprache und Lage Wölfe nicht nach Londoner Gewerkschaftsarbeitern, sondern nach der kontinentalen Stala erhalten, somit auch die Wölfe für die Engländer niedrigerden. Daher, erklärt Referent, müssen die Arbeiter international sich verpflichten, und auch die Gewerkschaften können nur fliegen, wenn sie international sich verbinden; auf die Regierung allein zu rechnen, ist illusion, wie auch die englische Regierung beweisen, die sie auf der Berliner Konferenz selbst als notwendig offiziell anerkannt habe.

Dehcamp (Autmarer, Frankreich) spricht ähnlich wie der englische Redner über die Verschlechterung der Lage der Arbeiter, die durch die Polittik nicht gebessert werde, daher sei die Organisation auf internationaler Grundlage notwendig, damit die Arbeiter selbst sich Unterstützung über die Lage ihres Gewerkes in den einzelnen Ländern geben könnten.

Webel (mit fähigem Beifall begrüßt): Er glaube in allgemeiner Ueber einstimmung zu handeln, wenn er hier mit die allgemeine Lage der Arbeiter Deutschlands erörterte in Bezug auf die Forderungen, die der Berliner Kongress im Jahre 1889 aufgestellt hat. In Bezug auf die ersten 5 Forderungen beruht allgemeine Ueber einstimmung; was auf die folgenden, von den Franzosen und Belgiern eingetragt, habe er

und seine deutschen Genossen eine abweichende Meinung. Vor allem sollte er betonen, daß nach seiner Auffassung Sozialdemokratie nicht die Erringung eines Arbeiterpartei-Geleges ist, sondern in erster Linie sei es ihre Aufgabe, die Arbeiter aufzufahren über das Wesen und den Charakter der heutigen Gesellschaft, um dieselbe so rasch als möglich zu verändern zu lassen, und zwar nicht zögerlich, als hätte sie ihren eigenen Entwicklungsgraden den Widerstand des Feindes unterworfen, in sich tragen. Die Arbeiter müssen das Wesen der Gesellschaft kennen lernen, damit, wenn deren letztes Stadium schlage, die Arbeiter die neue Gesellschaft errichten können. Er betone dies umso mehr, als man im Ausland in letzter Zeit vielfach die Meinung geäußert habe, innerhalb der Partei beständen prinzipielle Unterschiede in bezug auf diese Aufgabe oder Taktik. Daß es ein Verstum, ein solcher existiere nicht, und wer es versuchen wollte, die Partei von dieser Aufgabe abzulenkten, müßte auch im selben Augenblicke die Partei verlassen.

Unsere Partei sei aber auch eine Partei der Propaganda; ein großer Teil der Arbeiterklasse selber habe und noch lernen, mit möglichst besten alle Mittel und Wege kennen, einerseits um diese Kreise für sich zu gewinnen, andererseits die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. So sei unsere Stellung zur Frage des Arbeiterpartei-Geleges gegeben, das im Grunde die die Arbeiter kampfsüchtiger zu machen, und dann auch den Kampf gegen die Bourgeoisie umso wirksamer zu führen. Und so sehr auch die Bourgeoisie sich weigere, sie sei den gewonnenen Konzeption auf Konzeption zu machen, und so wider ihren Willen die Arbeiter zum Kampfe gegen die heutige Gesellschaft zu führen.

Weber erwidert dann die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Reichsregierung, als diese durch einen fähigen Kopf die Initiative in der Frage des internationalen Arbeiterkongresses über sich nahm, um plötzlich die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zu lenken und sich im Glanze der Arbeiterfreundlichkeit zu lassen. Wenn auch das Ausland Zweifel hege — in der Stimmengabe bei den letzten Wahlen habe die deutsche Sozialdemokratie bewiesen, daß sie sich nicht täuscht, sich den Wind nicht aus den Segeln nehmen ließ. Wie aber die Berliner Konferenz kein Resultat gezeitigt habe, so sei auch die Arbeiterpartei-Gelegensfeier derselben Reichsregierung, so wichtig die quantitative Leistung gewesen, qualitativ bedeutungslos geblieben, in dieser Beziehung aber geradezu eine Verächtlichkeit geworden, weshalb schließlich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten sich haben erklären. Kurz, nicht ein einziger Sozialdemokrat sei in Deutschland, der in dieser Beziehung im Unklaren gewesen oder sich getäuscht habe.

In bezug auf einzelne Punkte der vorgeschlagenen Resolution möge also der Kongreß sich hüten, Beschlässe zu fassen, zu deren Durchführung die Arbeiterorganisationen nicht der geeignete Faktor seien. So große Bedeutung zum Beispiel englische u. Gewerkschaften bezüglich der Arbeiterpartei gemacht haben, könne darüber kein Zweifel sein, daß ohne die Mittel der Gesamtgesellschaft eine solche unmöglich sei. Da aber die Form der Resolution keine Verpflichtung in sich schließt, habe er keine Einwendungen zu machen, obgleich er sich nicht viel davon versprechen könne.

In bezug auf den dritten Punkt der Resolution müßte er wiederholen, was er schon gestern in der Kommission geäußert. Die Forderung gehe ihm nicht zu weit, sondern nicht weit genug. Wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, werde von unserer Partei kein Kandidat aufgestellt, der nicht das sozialdemokratische Programm bis in seine äußerste Konsequenz unterzeichnet; nach dieser Resolution gehe die Zustimmung zum Kongreß nicht auf, so sei auch in den Berliner Beschlüssen. Das könne jede bürgerliche Partei, aber damit sei man noch lange nicht Sozialist. Die Sozialdemokratie müsse Klarheit in die Parteien bringen, die Fingern in die Wunden der Gesellschaft zu legen, damit sie für alle sichtbar und unlegbar werden. Aber wir gehen den Genossen anderer Länder Aktivität frei, nach ihren eigenen Verhältnissen auch hierin zu wirken und begünstigen, und der Abstimmung zu enthalten. (Stürmischer Beifall.)

Wolff macht die Mitteilung, daß Merlino verhaftet sei, daß sei aber nicht infolge der Rente des „Puppe“ geschähe; Merlino's Name sei buchstäblich im Kongreß nicht erwähnt worden, und auch in bezug auf die politische Auffassung die Meinungen auseinandergegangen, gegenwärtig dieser Polizeiverfügung könne der Kongreß sich nur zu einem lebhaften Proteste erheben. In gleichem Sinne spricht Zurati und einstimmig beschließt der Kongreß, sich dem Protest der belgischen Genossen anzuschließen, ihnen die nähere Ausführung überlassend.

André-Jules (Paris) erklärt sich im Sinne Wuerstels über die kaufmännischen Angelegenheiten.

Dehr (Zettlitzarbeiten) spricht über die Lage der Zettlitarbeiter im Sinne der Resolution. Aus America (Washington) ist ein neuer Delegierter eingetroffen.

Aus Stadt und Land.

Halle, 21. August.

Die Ausstellung für volksverständliche Gesundheits- und Krankenpflege (Hygienische Ausstellung), welche heute Freitag nachmittag in den Räumen des „Prinz Karl“ hier selbst eröffnet und acht Tage dauern wird, verspricht eine sehr interessante und reichhaltige zu werden. Es haben sich gegen 100 Firmen angemeldet, welche die mannigfaltigsten, in das Gebiet der natürlichen Gesundheitspflege einschlägigen Artikel zur Ansicht bringen. Mit der Ausstellung ist am Sonntag, Montag und Dienstag der erste Kongreß der deutschen Naturärzte verbunden.

Eine große humoristische Soiree findet am Sonntag abend im Saale des Genossen Sano w statt. Diefelbe wird ausgeführt von dem humoristischen Trio des Frn. Streizewicz aus Peitz. Zur Aufführung gelangt u. a. „Der alte und der neue Kurs“ und „Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr“. Streizewicz dürfte vielen der hiesigen Parteigenossen als überzeugten und zielbewußten Sozialdemokraten kennen, der sich auch in weiteren Kreisen als Dichter, der mit warmem Herzen für die Weiden des Volkes in die Saiten greift, bekannt gemacht hat. Wir unterlassen deshalb nicht, die Genossen auch an dieser Stelle auf die Soiree hinzuweisen.

Für Arbeitervereine. Der Berliner „Vorwärts“ giebt im Hinblick auf die Buchdruckerbewegung folgenden beachtenswerten Artikel: „Falls es hier und da der Brauch sein sollte, daß Arbeiterorganisationen ihre laufenden Drucksachen kontraktmäßig vergeben, wird es sich empfehlen, wenn schon jetzt bei etwaigem Ablaufe solcher Kontrakte vor Abschluß neuer von dem betreffenden Druckern die schriftliche Zusage mit rechtsgültiger Verpflichtung verlangt wird, daß sie die Geschäftsforderungen unter allen Umständen bewilligen werden, wie sie in einem mit oder ohne Zustimmung der Prinzipalorganisation zu hande kommenden Buchdrucktarif für ganz Deutschland zum Ausdruck kommen.“ Dieses Vorgehen können wir nur wuß und ganz unterstützen!

In die Waizine geraten. Gestern morgen gegen 9 Uhr wurden in der Zentralwerkstatt des Tischler Zimmermann, Vater von 8 Kindern, von der Pöbelmaschine vier Finger der linken Hand abgerissen.

Arbeiterbewegung.

Halle. Eine Versammlung der Barbier-, Friseur- und Perrüchlermacher, welche zu Montag d. 17. abends 9 Uhr nach „Völkcs Restaurant“ einbrachen, war leider sehr schwach besucht. Es ist dies wohl ein Zeichen, daß dieselben

ihre tieftraurige Lage nicht erkennen wollen. Man behente, daß die in Friseur-Geschäften Angestellten eine wöchentliche Arbeitszeit von 100 bis 105 Stunden haben, so daß ihnen nur 68 bzw. 63 Stunden für Schlaf und Erholung übrig bleiben, wobei die Gehälter trotz der eminent hohen Arbeitszeit nur 2.50 bis 4 M. an Löhnen neben Kost und Logis erhalten. Viele Geschäfte können überhaupt nur durch Zeitungsdruckererei sich erhalten. Es bewahrt sich aber hier das ökonomische Gesetz, je länger die Arbeitszeit, desto schlechter die Löhne. Herr W. Albrecht, welcher das Referat zu der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage unseres Gewerbes“ übernommen, führte aus, daß es wohl etwas amöblich erscheinen könnte, wenn er über die wirtschaftliche Lage des Barbier-Gewerbes sprechen wollte, aber es gäbe nur eine wirtschaftliche Lage und die sei überall die gleiche, und über diese zu referieren betrachte er als seine Aufgabe. Anknüpfend an die Ansicht unserer Klein-Handwerker, daß die Gewerbetreibende in allem schuld sei, wirft er ein Streiflicht auf die Gewerbetreibende und Friseurzeitung, beleuchtet die Zeitungsdruckererei, welche gerade, wie schon oben angedeutet der Gelehrter der Geistes, vieler Friseur-Geschäfte ist und geht dann des Barbieren auf die Zeitbrüder der Innungen ein, schildert wie und warum dieselben entstanden und was sie jetzt im Gegenstand zu früher für eine Mission zu erfüllen haben; von der Sonntagstrübe auf die Arbeiterbewegung übergehend, charakterisiert er sehr kernig das jetzt auf liegende schändliche System Wismars, welches in der bekannnten Ausfuhr-Prämie aus Jauer und dem Getreideall gipfelt, und mahnt zum Schluß zu einer strengen reiner Organisation, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht und mit dieser, im Gegenstand zur Innung, für eine bessere Zukunft kämpft. Da aber hierfür bei der Anwesenheit von Innungsprinzipalen keine Meinung vorhanden, rät Herr Albrecht den Beschlüssen, daß sie doch dann eine Organisation gründen; diese halten sich jedoch nicht für mächtig, da, wenn sie zur Versammlung wollen, der Prinzipal ihn den Hauschlüssel vorenthält, so daß sie nicht weggehen könnten. So mußte denn die Versammlung resultatslos geschlossen und das Vorhaben aufgeschoben werden. — Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben.

Veitjitz. In einer Versammlung der Angehörigen der graphischen Gewerbe wurde vom Vorsitzenden u. a. mitgeteilt, daß vom Gewerkschafts-Kartell bei der Staatsanwaltschaft gegen Mitglieder des Vereins Leipziger Buchdrucker (Prinzipale) Anzeige erstattet worden sei, weil dieselben eine sogenannte schwarze Liste verbreitet haben, welche die Namen einer Anzahl von Arbeitern enthalte, die vor kurzem aus einer hiesigen Druckerei wegen Differenzen mit dem Arbeitgeber entlassen worden sind.

Graisch, 17. August. Seit gestern befinden sich die Zwicker und Beschneider der Schuhfabrik von L. Schwarze im Abwehrkampf, weil ihnen Lohnsätze von 3—5 M. zugemutet wurden.

London, 17. August. Auf Anordnung des Ausschusses legten am Sonnabend die Fischer und Zimmerleute in 30 weiteren Baugebietern Londons die Arbeit nieder. Bis jetzt sind 93 Firmen und 3600 Arbeiter von dem Ausstand resp. der Arbeiterstreike in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Kampf befindet sich jetzt in seiner 16. Woche, es sind bisher 30 000 Pf. (600 000 M.) an Unterhaltungsgebern zur Auszahlung an die Arbeiter gelangt. Einstweilen ist keine Aussicht auf baldige Beilegung des Ausstandes vorhanden. — Wüßten sich Deutschlands Arbeiter an der Standhaftigkeit und der guten Organisation ihrer englischen Brüder, welche letztere erst das Besehen so langwieriger Kämpfe ermöglicht, ein Beispiel nehmen!

Wald und Fern.

Giesleben, 19. August. Die Stadtverordnetenversammlung hat gelegentlich der Beratung einer Eingabe um Erhöhung der Lehrergehälter den Magistrat veranlaßt, in Rücksicht darauf, daß die Rathaus- und gewerkschaftlichen Beamten eine Teuerungszulage erhalten haben, eine Vorlage wegen einer solchen auch für die Lehrer zu machen.

Gienach, 19. August. In nahen Mooswald fand zwischen einem Metzger Dr. B. und einem Soldatenknecht des 113. Regiments ein Zweikampf auf Pistolen statt, der nach dem ersten Augewechsel mit einer gefährlichen Verwundung des Mediziners endete. Der Verwundete ist bereits gestorben.

Aus Sachsen, 18. August. Aus dem Chemnitzer Industriebezirk berichtet das Organ der sächsischen Zettlitarbeiter folgendes: Von sämtlichen Zettlitarbeitern in Chemnitz und Umgegend haben nur wenige vollständig Arbeit. Laufende arbeiten in der Woche nur zwei, drei, vier Tage. Ferner wird durch das Steigen der Brotpreise die Lage noch immer drückender. Es kosteten in der Chemnitzer Gegend vor vier Jahren 3 Rilo Brot 56 Pf., vor zwei Jahren 70 Pf. und jetzt müssen 84 Pf. bezahlt werden. Die Arbeitslöhne sind dagegen stark zurückgegangen.

Münberg, 16. August. Auch das bayerische Justizministerium soll neuerdings eine Verfügung erlassen haben, welche dem Dienstpersonal, Diurnisten und Sekretariats-Gehilfen der Land- und Amtsgerichte unterlagt, Vereinen anzugehören, welche nicht die staatliche Genehmigung haben. Die Nachricht erscheint uns in dieser Fassung nicht ganz richtig, denn es giebt in Bayern überhaupt keine Vereine, die einer staatlichen Genehmigung nach unserem Vereinsgesetz bedürfen. Die Sache dürfte vielmehr so liegen, daß sich das Verbot auf eine Beteiligung an politischen Vereinen erstreckt, und auch da nur auf Vereine, welche demokratischen oder sozialdemokratischen Tendenzen hulbig. Wenigstens besteht ein ähnliches Verbot für die Bahndienstlichen, womit jedoch nicht alle politische Tätigkeit unterlagt ist, jedoch sich dieselbe nur für reichstreuere Tendenzen und Männer entfaltet; denn bei der letzten Reichstagswahl haben darüber einzelne Bahndienstliche ungern öffentlich für die Kandidaten der Nationalliberalen agitiert und Wahlzettel verteilt.

Danzig, 16. August. Großes Aufsehen erregt hier die auf Anordnung der hiesigen königlichen Regierung erfolgte plötzliche Dienstentlassung des Strompolizeiinspektors Bach, des Strompolizeiführers Schön und des Schleuseninspektors in Neufähr. Dieselben werden beschuldigt, für in Gemeinschaft

ausgeführte dienliche Gefälligkeiten Geldgeschenke u. s. w. angenommen zu haben.

Wien, 17. Aug. Die „Deutsche Zeitung“ berichtet über einen sehr interessanten Bittrechtsfall betreffs eines Lotteriegewinners. Die Weinbauer Kirchensbau-Lotterie ließ allerorten Plakate anbringen, welche zum Kauf von Lose für die Weinbau-Kirchenbau-Lotterie einluden, mit der anstehenden Bemerkung, der Haupttreffer bestele in einer Villa in der Umgebung von Wien. Die glückliche, wienensiedende Gewinnerin war die Private Frau Gertrude Kinkl. Voll Freude reiste die Haupttreffer-Gewinnerin nach Wien, sich vor allem zu erkundigen, wo sich die Villa befände, und sich dann an deren Anblick zu weiden — allein welche Enttäuschung. Das Komitee wies ihr eine zerlegbare Villa vor, einen Riegelbau aus Holz, zu dem man sich erst Grund und Boden hätte kaufen sollen. Die Frau hielt sich für getäuscht, daß jeder Loskäufer an eine wirkliche Villa glauben mußte, und sie erklärte dem Kirchenbau-Komitee, dieses Surrogat einer Villa nicht annehmen zu wollen, sondern eine wirkliche, fertige Villa in der Umgebung von Wien, 5000 fl. wert, zu begehren, so wie jedes Los eine solche Villa als Haupttreffer angeknüpft hatte. Der Vorstand des Kirchenbau-Komitees verzweigte ihr die Erfüllung ihres Begehrens und so betrat Frau Kinkl den Klagenweg. Der Prozeß wurde in allen Instanzen durchgeführt, und vor wenigen Tagen hat nun auch der oberste Gerichtshof erkannt, daß belagte Komitee habe der Frau Kinkl eine wirkliche Villa, respektive den Betrag von 5000 fl. und die gesetzlichen Zinsen für diesen Betrag für sonstiger Exekution zuzumachen zu lassen. — Hier liegt also ein offenkundiger Betrug zur Erreichung eines höchst lächerlichen Zweckes vor. Hier heißt es offenbar: der Zweck heiligt die Mittel — genau wie bei den Jesuiten.

Glückswati. In Coney Island ist die junge Luftschifferin Witz Hartke bei einem Veruche, sich mittels Ballonschirms aus einer Höhe von 500 Fuß herabzulassen, ums Leben gekommen. Als sie den Fallschirm vom Ballon gelöst hatte, öffnete sich der Schirm nicht, jedoch Witz Hartke mit rasender Schnelligkeit zur Erde stürzte. Der Tod trat sofort ein.

Fernschicksal.

* Selbstmordverisch durch Hunger. Die russische Zeitschrift „Wratich“ teilt als „meibinisch interessant“ folgenden Fall mit: Eine 35 jährige Arbeiterin der Zigarettenfabrik Saotzki u. Mangus, welche bei 14 stündiger täglicher Arbeit etwa 30 bis 40 Kopfen verdiente, wurde schließlich infolge der Anstrengungen und Entbehrungen krank. Nach ihrer Wiederherstellung und Entlassung aus dem Krankenhaus wurde sie für die Paß abgelaufen war, ausgewiesen. In ihrer Heimat suchte sie vergebens nach Arbeit und hungerte weiterhins. Da sie nicht betteln wollte, so saßte sie den Entschluß, zu sterben. Ihre religiösen Ueberzeugungen verließen ihr jedoch Hand an sich zu legen, und so glaubte sie durch Passivität den ihr durch das Schicksal offenbar bestimmten Hungertod erliden zu müssen. Sie ging in den Wald, legte sich in einer verfallenen Hütte hin und erwartete den Tod. Sechszwanzig Tage lag sie da, bis sie zufällig ein Bauer entdeckte. Sie söhnte noch ganz leicht und war bei vollem Bewußtsein. Der Puls war nicht fühlbar, die Herztöne kaum wahrnehmbar. Der im Zustande höchster Abmagerung befindliche Körper war von Insekten bedeckt und zerfressen. Die Kranke gab später an, daß sie während aller 26 Tage dem Winde und Wetter ausgesetzt gewesen und weder Nahrung noch einen Tropfen Wasser für sich genommen hatte. Sie wurde ins Krankenhaus gebracht; nach drei Wochen war sie gänzlich hergestellt und wurde entlassen. Von irgend welchen Maßnahmen zur Erhäufung derselben vor weiteren „meibinisch interessanten“ Experimenten wird nichts erwähnt.

* Berliner Ungeheuer. Eine Straßengeheime, die für die Findigkeit unserer Berliner Jungen bezeichnend ist, spielte sich am Dienstag vormittag auf dem Moritzplatz ab. Eine Gesellschaft, bestehend aus drei Herren, nämlich in feinstich schwarzem Anzuge und mit Hülmsbüchsen auf den Hüften, der eine der Herren eine Dame am Arm führend, suchte dort zwei Droschken an dem Halteplatze. Zwei Jungen, im Alter von etwa 15 Jahren, der eine in ein recht verwageneres Patron, mit blühenden Augen und verträglichem Gesicht, der andere ein wenig schen und zurückhaltend, waren deselben Weges gekommen. Kaum hatte der erste der Jungen die vorerwähnte Gesellschaft erblickt, als er mit Bestimmtheit seinem Begleiter erklärte: „Der ist 'ne Standesamts-Traue!“ In nächsten Moment war er über den Straßendam hinstürzt, hatte den Schlag einer Droschke geöffnet und seine Wutgiehend, beglückwünschte er mit einer gewissen komischen Grandezza die einsteigende Dame: „Ja wünsche Ihnen noch viel Glück und Seien in Ihren neuen Ehestand!“ — „Dank, mein Junge, das hast Du gut gemacht!“ erwiderte er der Herren und warf dem Buchsen ein Markstück in die Wutge, wofür dieser sich mit einem gewaltigen Krachfuß bedankte. „So wat kriest id doch nicht fertig,“ meinte der andere Junge, während die Droschke davonfuhr. „Du bist doch ein Duffel,“ entgegnete ihm selbstbewußt der erste, „und aus Dir wird im jungen Leben kein richtiger Berliner werden.“ Damit verschwanden die Weiden hinter einer der nächsten Hausesthüren, wo vermutlich beraten wurde, wie die bei der Affaire eroberte Mark am vorteilhaftesten anzulegen sei.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 20. August.

Angelobten: Der Sandarbeiter Jakob Herwags und Emma Franze (Oberstadt und Mühlberg 7). Der Schuhmacher Ernst Weiß und Elisabeth Schlabig (Parthenberg und Bernburgerstraße 9). Geboren: Dem Kaufmann Richard Kölling eine T., Anna Marie Charlotte (Mittelstraße 1). Dem Sandarbeiter Franz Herzog eine T., Frieda Marie (Völkergang 33). Dem Pappschmied Johann Spremann eine T., Anna Martha Elise (Er. Schloßstraße 6). Dem Baummeister Emil Johannsen ein S., Ernst Maria (Fagerplatz 31). Dem Sandarbeiter Ewald Blüschke eine T., Pauline Bertha (Dienitz). Dem Sandarbeiter Franz Böhmke eine T., Anna Auguste (Subwitzstraße 9). Dem Brandarbeiter Christian Heine eine T., Bertha Lucie (Schloßstraße 39). Dem Sandarbeiter Christian Berger eine S., Hermann Heinrich Paul (Oberstaunda 35). Eine ungel. T. Gestorben: Der Sandarbeiter Albert Habel, 58 J. (Rt. Ulrichstraße 29). Des Tischler Robert Dippold S. Wilhelm, 1 J. (Gerrenstraße 10). Des Müller Andreas Ruhnert, 64 J. (Subwitzstraße 9). Des Fuhrmann Julius Lange S. Otto, 14 J. (Rintit). Des Brauereimeister Friedrich Reier, 36 J. (Rintit). — Gemeldet S. folgt.

